

Beschluss Bezahlkarten: Populismus auf dem Rücken von Geflüchteten tragen wir nicht mit!

Antragsteller*in: Elina Schumacher, Tariq Kandil

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Gegen Rechts hilft nicht selbst nach Rechts zu rücken:

2 Wir, die Grüne Jugend Berlin, lehnen die Einführung von Bezahlkarten für
3 Geflüchtete ab. Nach GEAS und dem RückVG ist diese eine weitere von den Grünen
4 mitgetragene Verschärfung, die Menschen marginalisiert, bevormundet und unter
5 Generalverdacht stellt.

6 Die Debatte rund um die Bezahlkarte konstruiert Probleme wo keine sind auf dem
7 Rücken von Geflüchteten. Bezahlkarten stigmatisieren Menschen. Es gibt keine
8 faktische Grundlage hinter der Behauptung, dass Geflüchtete Geld in ihre Heimat
9 schicken und auch keine vernünftige Antwort auf die Frage, warum das überhaupt
10 ein Problem sein sollte. Mit einer klaren Kante gegen Rechts hat die Einführung
11 von Bezahlkarten nichts zu tun.

12 Bezahlkarten machen das Leben teurer, denn an vielen Orten, die darauf ausgelegt
13 sind, besonders günstige Angebote zu machen, kann nicht mit Karte bezahlt
14 werden, wie bei den Tafeln, oder auf Flohmärkten und in Sozialkaufhäusern.

15 Die Realität ist, dass Kommunen schon heute in der Lage sind, diese rassistische
16 und klassistische Politik eigenständig umzusetzen. Dass Bezahlkarten nicht schon
17 jetzt bundesweit eingesetzt werden, liegt u.a. am bürokratischen Aufwand hinter
18 den Bezahlkarten, der Kommunen finanziell und personell belastet. Eine
19 Neuregelung hierzu auf Bundesebene hat nichts mit tatsächlichen
20 Unterstützungsbedarfen der Kommunen und Ländern zu tun. Wir lehnen auch die von
21 der Union geforderte Einführung von Bezahlkarten für arbeitslose Menschen und
22 Menschen in der Obdachlosigkeit ab. Auch hier ist klar, dass die Bezahlkarten
23 keine Probleme lösen, sondern Stigmatisierung und Marginalisierung verstärkt.

24 Wer auf Bezahlkarten pocht, hat die Lektion noch nicht gelernt: Schon in den
25 90er Jahren betrieb die CDU stigmatisierende Politik. Als Bezahlkarten damals in
26 Berlin eingeführt wurden, nutzten viele Einzelhändler*innen die Not der
27 Geflüchteten aus, um deren Guthaben gegen Geld zu wechseln; oft mit absurden
28 Margen. Ab 2016 wurde in Erding erneut durch die Einführung von Bezahlkarten die
29 Freiheit von Geflüchteten eingeschränkt, jedoch kam es oft zu tagelangen
30 technischen Störungen, sodass auch dieses Konzept nach der Pleite des
31 Zahlungsdienstabwicklers ruhen gelassen wurde.

32 Für uns ist klar: Es ist nicht hinnehmbar, dass ausgerechnet Menschen, die oft
33 Arbeitsverboten unterliegen, weniger als Bürgergeldempfänger*innen bekommen und
34 ohnehin schon Traumata bewältigen müssen und Rassismus ausgesetzt sind, für
35 politische Angstmache herhalten müssen. Das ist menschenverachtend.

Begründung

Robert Habeck hat am 29.02.2024 und somit nach der Antragsfrist mit folgender Begründung den Grünen Widerstand gegen die Bezahlkarte aufgegeben: "Die Bezahlkarte ist sinnvoll, um zu verhindern, dass Geld ins Ausland überwiesen wird. Entsprechend wird der Formulierungshilfe für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Gesetzesgrundlage für die Bezahlkarte zugestimmt." Das ist einfach nur Quatsch und hat mit grüner Politik und der Lebensrealität von Geflüchteten nichts zu tun.